

»Kaiserlautrer Appell« für Mumia Abu-Jamal

10.11.09 (von ivk) Auf der Website Neues aus Anderslautern wird über einen »Kaiserlautrer Appell« für Mumia Abu-Jamal berichtet. Wir dokumentieren die Pressemitteilung und den Appell des Kaiserslautrer Bündnis für das Leben von Mumia Abu Jamal

Kaiserslautrer Bündnis für das Leben von Mumia Abu Jamal

Postfach 3570

67623 Kaiserslautern

email: freemumia.kl@web.de

Telefonische Nachfragen bitte an:

Carsten Ondreka (freier Journalist)

Telnr.(mobile): 0176 / 96864692

Pressemitteilung

Kaiserslautern, den 10.11.2009

Kaiserslautrer Appell gegen die Todesstrafe gestartet

Am Montag, den 9.11.2009, hat das »Kaiserslautrer Bündnis für das Leben von Mumia Abu Jamal« seinen Appell für das Leben von Mumia Abu Jamal veröffentlicht. Der Text des Appells orientiert sich in großen Teilen an der Resolution des Münchner Stadtrats, die mit den Stimmen von SPD, FDP, den Grünen/Bündnis90, der ÖDP und der Partei Die Linke verabschiedet wurde (siehe: <http://freedom-now.de/news/artikel553.html>).

Ziel ist es, das Leben des seit 27 Jahren inhaftierten schwarzen Journalisten Mumia Abu Jamal zu retten. Der Journalist und ehemalige politische Aktivist wurde 1982 zum Tode verurteilt. Der Verurteilung lag ein Vorfall vom 9. Dezember 1981 zugrunde. Jamal wurde in Philadelphia von einem Polizeibeamten angeschossen, als er gegen vier Uhr morgens auf eine Polizeikontrolle stieß, bei der der später getötete Polizist auf Jamals Bruder einschlug. Der Polizeibeamte wurde ebenfalls angeschossen und erlag seinen Verletzungen.

Lange Zeit schienen nur Menschenrechtsaktivisten und kritische Juristen weltweit die Problematik eines fairen Prozesses, die Frage von Schuld und Unschuld, überhaupt aufzuwerfen. Obwohl seine Anwälte mittlerweile alle »Beweise« für seine Schuld widerlegt haben, war es bis heute nicht möglich seine Freilassung zu erreichen. Eine weltweite Unterstützungsbewegung verhinderte bis heute die Hinrichtung.

Mumia Abu-Jamal befindet sich in der gefährlichsten Lage seit seiner Festnahme 1981. Der U.S. Supreme Court wird in seiner im Oktober begonnenen Sitzungsphase über den Antrag der Staatsanwaltschaft nach Wiedereinsetzung der Todesstrafe entscheiden. Sollte das Gericht dem stattgeben, gibt es keine juristische Möglichkeit mehr, dagegen vorzugehen.

Deshalb hat sich in Kaiserslautern eine Bündnis von Menschen aus der Friedensbewegung, Menschenrechtsaktivist_innen und Antifaschist_innen zusammen getan, um die Bevölkerung in der Region Kaiserslautern auf diesen Fall aufmerksam zu machen und eine weitere praktische Anwendung der Todesstrafe, die in Pennsylvania/USA durch eine Giftspritze erfolgt, zu verhindern. Das Bündnis sieht sich als Teil einer weltweiten Solidaritätskampagne für Mumia Abu Jamal.

Als erster Schritt wurden Emails an den Stadtrat und die politisch Verantwortlichen der Stadt und des Landkreises Kaiserslautern verschickt. Darüber hinaus gingen Mails an Gewerkschafter, politische Parteien und Organisationen. In den nächsten Tagen wird das Bündnis die Menschen in der Innenstadt über die Situation des von der Todesstrafe Bedrohten zu informieren und im Falle der Ausstellung eines neuen Hinrichtungsbefehls zu Notfallprotesten mobilisieren.

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter:

- <http://neues-auf.anderslautern.de/index.php?n=Politik.PolitischeGefangene#toc1>
- <http://www.freedom-now.de/>
- <http://www.labournet.de/solidaritaet/mumia/>

Mit freundlichen Grüßen,

Carsten Ondreka

für das Kaiserslautrer Bündnis für das Leben von Mumia Abu Jamal

Kaiserslautrer Appell für das Leben von Mumia Abu Jamal - gegen die Todesstrafe

Die Menschen aus Kaiserslautern und der gesamten Region legen im Zusammenleben besonderen Wert auf gegenseitiges Verständnis, Respekt und Toleranz und ein glaubwürdiges Auftreten für Menschenrechte. Als Bewohner und Bewohnerinnen einer Region, deren Geschichte und Gegenwart sehr stark mit den USA verknüpft ist, blicken wir auch besonders intensiv auf die Politik und die gesellschaftliche Entwicklung in den Vereinigten Staaten. Da wir uns für den Schutz der Menschenwürde und der damit verbundenen Grundrechte einsetzen, stellen wir uns weltweit gegen die Todesstrafe und sind bedrückt, dass diese in den USA immer noch praktiziert wird.

Die Todesstrafe ist ein barbarischer Akt staatlicher Gewalt. Ihre Androhung und Anwendung verletzen das elementare Recht auf Leben und die Menschenwürde des Einzelnen. Sie ist unserer Auffassung nach weder mit Sicherheits- noch mit Vergeltungsbedürfnissen zu rechtfertigen und somit, unabhängig von der Schuldfrage, nicht akzeptabel. Wie sehr sie einer humanen Gesellschaftsordnung widerspricht, wird jedoch besonders deutlich, wenn die Schuldfrage nicht eindeutig geklärt ist, wie im Fall von Mumia Abu-Jamal. Der afro-amerikanische Journalist und Bürgerrechtler sitzt seit über 27 Jahren in der Todeszelle in den Vereinigten Staaten, weil er angeblich einen weißen Polizisten erschossen haben soll. Abu-Jamal beteuert seither seine Unschuld, und Menschenrechtsorganisationen haben eklatante Verfahrensmängel im damaligen Gerichtsprozess aufgedeckt, die offensichtlich auf rassistische Hintergründe zurückzuführen sind.

Wir schließen uns daher der weltweiten Solidaritätskampagne an und fordern ein neues, faires Gerichtsverfahren für Mumia Abu-Jamal. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind zu Recht stolz auf die älteste demokratische Verfassung der Welt mit der Garantie gleicher Rechte für Alle. Diese Vorbildfunktion verpflichtet aber zu einer äußerst sorgfältigen und humanen Würdigung in jedem einzelnen Fall. Der Rechtsgrundsatz „in dubio pro reo“ (im Zweifel für den Angeklagten) muss natürlich in ganz besonderem Maße bei der Verhängung der Todesstrafe gelten.

Darüber hinaus fordern wir selbstverständlich eine vollständige Abschaffung der Todesstrafe. Besonders in den USA ist diese Entscheidung längst überfällig.

Bitte unterstützen sie diesen Appell, durch die Angabe ihres Namens bzw. den Namen ihres Vereins, ihrer Gruppe bzw. Organisation.

Quelle: <http://www.freedom-now.de/news/artikel559.html>

Bremer Bürgerschaft soll Solidarität mit Mumia Abu-Jamal erklären

12.11.09 (von ivk) Die Bremer Bürgerschaftsfraktion der Partei DIE LINKE hat am 12. November 2009 einen Dringlichkeitsantrag zur Debatte und Abstimmung im Landesparlament des Bremer Stadtstaates eingereicht, über den am 18. oder 19. November abgestimmt wird. Für Mittwoch, den 18. November, ruft Bürgermeister Böhrnsen (SPD) in einer eigenen Erklärung zur Beteiligung an einer öffentlichen Aktion für die weltweite Abschaffung der Todesstrafe auf

12. November 2009 / Linksfraktion Bremen

Die Linksfraktion hat heute beantragt, dass der Bremer Senat sich im Rahmen seiner Möglichkeiten auf Bundesebene dafür einsetzt, den Vollzug der Todesstrafe an Mumia Abu- Jamal zu verhindern.

Der Dringlichkeitsantrag wurde bereits zur Beratung angenommen, wird dann in der nächsten Sitzung der Bremer Bürgerschaft am 18. bzw. 19. November 2009 durch eine Rede von Monique Troedel vorgestellt, im Plenum diskutiert und dann abgestimmt. (Das Ergebnis wird dann hier bekanntgegeben.)

Es folgt der Antragstext :

Solidarität mit Mumia Abu-Jamal

Der Journalist und Bürgerrechtler Mumia Abu-Jamal sitzt seit über 27 Jahren in der Todeszelle. In den USA kämpfte er seit seiner frühen Jugend gegen den dort herrschenden Rassismus und die daraus resultierende Zweiklassengesellschaft. 1981 wurde er für ein Verbrechen verurteilt, das er nach eigener Aussage nicht begangen hat. Auch viele Menschenrechtsorganisationen sowie andere Gruppen, Institutionen und Organisationen sind von seiner Unschuld überzeugt. Einen vorbildlichen Einsatz für die Unterstützung Mumia Abu- Jamals leistete die Stadt Paris bereits 2003, als der Pariser Bürgermeister Bertrand Delanoë, Mumia Abu-Jamal zum Ehrenbürger der Stadt ernannte.

Der Prozess, der Abu-Jamal vor 27 Jahren gemacht wurde, war geprägt von rassistischen Äußerungen des Richters und der Manipulation des Verfahrens durch Ablehnung der afroamerikanischen Geschworenen.

Anfang dieses Jahres lehnte der US Supreme Court den Antrag von Mumia Abu- Jamal auf ein neues Verfahren ab. Der parallel laufende Antrag der Staatsanwältin von Pennsylvania auf die Wiedereinsetzung des Hinrichtungsbefehls gegen Mumia vor demselben Gericht ist noch nicht entschieden.

Die Todesstrafe ist rechtsphilosophisch und ethisch höchst bedenklich und wird auch von der Bremischen Bürgerschaft abgelehnt.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) erklärt ihre Solidarität mit Mumia Abu-Jamal und unterstützt die bundesweite Kampagne gegen seine Hinrichtung.
2. Die Mitglieder des Senats werden gebeten, sich ebenfalls im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur Verhinderung des Vollzugs der Todesstrafe an Mumia Abu- Jamal auf Bundesebene einzusetzen.

Monique Troedel, Peter Erlanson und die Fraktion DIE LINKE

Kontakt zur Pressesprecherin:

Doris Achelwilm
Fon: 0421 - 20 52 97 50
Fax: 0421 - 20 52 97 10
Mobil: 0162 - 200 76 17
E-Mail: pressesprecherin@linksfraktion-bremen.de

Freie Hansestadt Bremen - Der Senat -Senatskanzlei
Pressemitteilung / 12.11.2009

Aktion gegen die Todesstrafe Bürgermeister ruft zur Beteiligung an Aktion auf dem Marktplatz auf

Bremen hat sich dem Städtebündnis »Städte für das Leben – Städte gegen die Todesstrafe« angeschlossen, in dem in Deutschland über 80 Städte und in der Welt mehr als 700 Kommunen mitmachen. Seit 2001 führen sie jährlich eine öffentliche Aktion für das Leben und zur Abschaffung der Todesstrafe durch in Erinnerung daran, dass das damalige Großherzogtum Toskana im Jahr 1786 als erster Staat der Welt Folter und Todesstrafe abgeschafft hat.

Am kommenden Mittwoch, dem 18. November, soll auf dem Bremer Marktplatz von 18.00 –18.30 Uhr ein sichtbares Zeichen gegen die Todesstrafe mit Kerzen gesetzt werden.

Bürgermeister Jens Böhrnsen (SPD), der Mitglied im Städtebündnis ist, bittet alle Bremerinnen und Bremer, sich an dieser öffentlichen Aktion zu beteiligen. »So kann ein deutliches Zeichen dafür gesetzt werden, dass kein Staat das Recht hat, einem Menschen das Leben zu nehmen«, so Böhrnsen.

Während der Veranstaltung werden Bürgermeister Jens Böhrnsen und Erhard Mische von Amnesty International eine Ansprache halten. Weitere Mitwirkende sind die Trommelgruppe »Zolim« aus Togo und die Amnesty-Schülergruppen der Gymnasien Hermann-Böse und Kippenberg.

Diese Initiative für das Städtebündnis ist von der christlichen Laienbewegung Sant'Egidio, Italien, ausgegangen. Im Dezember 2007 hat die UNO-Vollversammlung mit großer Mehrheit einen Appell an alle Staaten gerichtet, die Vollstreckung der Todesstrafe auszusetzen und die Abschaffung der Todesstrafe anzustreben.

Verantwortlich: Hermann Kleen - Sprecher des Senats
Redaktion: Gabriele Brünings - Tel. (0421) 361 4102
und Werner Wick - Tel. (0421) 361 2193
Mailkontakt: werner.wick@sk.bremen.de
28195 Bremen - Rathaus, Am Markt 21 <http://www.rathaus-bremen.de>
[Ende der Pressemitteilung]